

Volkskammer
der
Deutschen Demokratischen Republik
10. Wahlperiode

Drucksache Nr. 150

F r a g e n

für die Fragestunde der 25. Tagung der Volkskammer
am Donnerstag, dem 19. Juli 1990

Verzeichnis der Fragenden:

<u>Abgeordnete</u>	<u>Nr. der Frage</u>
Roland B e c k e r (CDU/DA)	10
Dr. Ernst D ö r f l e r (Bündnis 90/Grüne)	12, 14
Dr. Ursula F i s c h e r (PDS)	1
Dr. Michael F r i e d r i c h (PDS)	3
Christine G r a b e (Bündnis 90/Grüne)	6
Frieder J e l e n (CDU/DA)	13
Bärbel K r e u z (PDS)	2
Jürgen M ä d e r (Bündnis 90/Grüne)	9
Dr. Hanns-Ulrich M e i s e l (Bündnis 90/Grüne)	7
Maria M i c h a l k (CDU/DA)	5
Dietmar S c h i c k e (Die Liberalen)	8
Kurt S t e m p e l l (CDU/DA)	4, 11

Ministerpräsident

1. Abgeordnete
Dr. Ursula Fischer
PDS-Fraktion

Die DDR hat am 7. März 1990 die UN-Konvention über die Rechte des Kindes unterzeichnet. Wie uns bekannt wurde, liegt dem Ministerrat bis heute keine Beschlussvorlage für die Ratifikation dieser Konvention vor. Sollte die Unterzeichnung dieser Konvention nur deklaratorischen Charakter tragen?

2. Abgeordnete
Bärbel Kreuz
PDS-Fraktion

Auf der Volkskammersitzung am vergangenen Freitag wurde festgelegt, daß die Regierung die Situation im Handel grundsätzlich analysiert und - das Wichtigste - die Schlußfolgerungen im Interesse der DDR-Bevölkerung zieht. Wir möchten wissen: Was ist inzwischen geschehen?

3. Abgeordneter
Dr. Michael Friedrich
PDS-Fraktion
- Unsere Fraktion erhielt mit einem Schreiben des Interessenverbandes "Beamtenbund der DDR" eine nachdrückliche Aufforderung zur Schaffung eines Beamtengesetzes. Diesem Brief war der Entwurf eines Übernahme- und Anpassungsgesetzes zum Bundesbeamtengesetz beigelegt, der sicher auch anderen Fraktionen zugegangen sein wird.
- Wie steht die Regierung zur Schaffung eines Beamtengesetzes? Sind dazu entsprechende Schritte ins Auge gefaßt bzw. welche Gründe sprechen für das gegenwärtige Zögern der Regierung zu diesem Problem?
4. Abgeordneter
Kurt Stempel
CDU/DA-Fraktion
- Haftgefangene erhalten gegenwärtig ca. 18 - 23 % des durch Arbeit verdienten Lohnes als Arbeitsvergütung zur persönlichen Verwendung.
- Der konkret festgelegte Prozentsatz ist dabei abhängig von der Erfüllung der Arbeitsnorm. Zur persönlichen Verfügung stehen ca. 80 - 100 DM/monatlich.
- Veränderte Preise - u. a. für Zeitschriften - führen zu Finanzproblemen.
- Ist eine Erhöhung der zur persönlichen Verfügung der Haftgefangenen stehenden Lohnvergütung vorgesehen?
5. Abgeordnete
Maria Michalk
CDU/DA-Fraktion
- Auch unter Strafvollzugsangehörigen wird seit Monaten von Reformen gesprochen, und es hat sich auch einiges an Lebensbedingungen und am Umgang Strafvollzugsangehöriger mit Strafgefangenen geändert, in manchen Einrichtungen mehr, in anderen weniger.
- Die Barrieren zwischen Strafgefangenen und SV-Angehörigen lassen sich nicht abbauen, solange jene, die sich an Strafgefangenen vergangen haben, nicht zur Verantwortung gezogen werden.
- Herr Minister, welche Schritte gedenken Sie zu unternehmen, um diesen Prozeß der Erneuerung auch im Strafvollzug voranzutreiben.

Geschäftsbereich des Ministers für Abrüstung und Verteidigung

6. Abgeordnete
Christine Grabe
Fraktion Bündnis 90/
Grüne

Was sagen Sie zu den Informationen, daß 30.000 Tonnen Giftgas in neuen Depots auf dem Gebiet der DDR gelagert sein sollen und sind Sie wie wir der Ansicht, einer internationalen Prüfungskommission der UNO das Recht einzuräumen, überall und jederzeit konkrete Verdachtsmomente vor Ort zu überprüfen und somit Angst und Sorgen sowie Spekulationen den Boden zu entziehen

Geschäftsbereich des Ministers für Bildung und Wissenschaft

7. Abgeordneter
Dr. Hanns-Ulrich Meisel
Fraktion Bündnis 90/
Grüne

An der Pädagogischen Hochschule Halle-Köthen besteht seit 1978 eine effektive Weiterbildung von solchen Lehrkräften aus der 3. Welt, die dort Grundschullehrer ausbilden. Es wird vor allem Unterrichtsmethodik vermittelt. Der Unterricht geschieht in Fremdsprachen, so daß die Studenten sofort integriert sind. Für das Herbstsemester liegen 40 Bewerbungen aus Afrika vor. Die Finanzierung ist aber nicht mehr gesichert.

Was gedenken die Ministerien zu tun, um die Weiterführung dieses - in Deutschland einmaligen - Projektes zu gewährleisten?

Die Frage ist auch an den Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaftliche Zusammenarbeit gerichtet.

8. Abgeordneter
Dietmar Schicke
Fraktion Die Liberalen

Welche Regelungen sind bereits getroffen bzw. sind noch zu treffen, damit Absolventen der Jahrgänge 1990 und 1991, deren Ausbildungsprofil nicht aktuellen Erfordernissen entspricht, in sozialer Absicherung die notwendige Weiterbildung oder Umschulung wahrnehmen können?

Im besonderen Falle beziehen wir uns auf durch das Ministerium noch nicht beantwortete mehrfache schriftliche Anträge des Rektors der Pädagogischen Hochschule Zwickau, vorgeschlagene Maßnahmen für die Umschulung von Absolventen der bisherigen Staatsbürgerkundelehrerausbildung zu bestätigen.

9. Abgeordneter
Jürgen Mäder
Fraktion Bündnis 90/
Grüne

Welche Maßnahmen unternimmt Ihr Ministerium, um die Verarbeitungsindustrie der Fleisch- und Milchverarbeitung zu befähigen, ihre Produkte reell zu kalkulieren?

Kontrollen im Schlachthof Schwedt am 10. Juli 1990 haben ergeben, daß auf das Endprodukt Grundmittelabschreibungen des Betriebes aufgeschlagen werden. So regelt dieser Betrieb seine Probleme auf Kosten des Endverbrauchers.

Inwieweit stimmen Sie mir zu, daß unbedingt ein Kalkulationsrahmen als Richtlinie kurzfristig geschaffen werden muß, um den Verbraucher vor Mißbrauch zu schützen.

10. Abgeordneter
Roland Becker
CDU/DA-Fraktion

Der Ausschuß für Verfassung und Verwaltungsreform und der Rechtsauschuß der Volkskammer haben auf der gemeinsamen Sitzung mit dem Rechtsausschuß des Bundestages am 12. Juni 1990 einen offenen Brief zur Rehabilitierung und Freilassung von aus politischen Motiven unrechtmäßig Verurteilten Personen an den Minister der Justiz und den Minister des Innern gerichtet. Die Ausschüsse haben eine Antwort durch den Minister bis zum 10. Juli und die schnelle Einbringung des Rehabilitierungsgesetzes gefordert. Mit einer telefonischen Erklärung seitens des Ministeriums der Justiz habe ich mich nicht einverstanden erklärt. Die Fragen lauten konkret: Wann wird das Rehabilitierungsgesetz in das Hohe Haus eingebracht? Sind alle Aktivitäten zur Freilassung und Rehabilitierung von aus politischen Motiven unrechtmäßig Verurteilten oder Inhaftierten eingeleitet bzw. ausgeführt?

11. Abgeordneter
Kurt Stempel
CDU/DA-Fraktion

Bei meinen Besuchen in der Haftanstalt Plauen wurde mir wiederholt erklärt, daß auf eingereichte Anträge auf vorzeitige Haftentlassung von Strafgefangenen bisher kaum Reaktion erfolgte, obwohl solche Anträge bereits u. a. im Dezember 1989 bzw. im Januar 1990 gestellt worden sind.

Wird es in Verbindung mit dem Inkrafttreten des 6. Strafrechtsänderungsgesetzes eine generelle Überprüfung der Urteile geben?

Geschäftsbereich des Ministers für Kultur

12. Abgeordneter
Dr. Ernst Dörfler
Fraktion Bündnis 90/
Grüne

Herr Minister, haben Ihr Ministerium und die Regierung ein Interesse daran, die DDR - Verlage für eine Übergangszeit von 1,5 bis 2 Jahren durch Kredite zu unterstützen, oder sollen die Verlage der massiv eindringenden Konkurrenz schutz- und übergangslos ausgeliefert werden?

Nach einer Abschätzung des Verlegers Jahr (Verlag Gruner & Jahr) würden in Kürze bis zu 90 % der DDR-Verlage zusammenbrechen, wenn ihnen zugemutet wird, innerhalb von Tagen bzw. Wochen ein Management-niveau aufzubauen, das westliche Verlage in Jahrzehnten entwickeln konnten.

Geschäftsbereich des Ministers für Umwelt, Naturschutz, Energie
und Reaktorsicherheit

13. Abgeordneter
Frieder Jehlen
CDU/DA-Fraktion

Wie sollen wir z. B. auf Rügen mit der Müll- bzw. Sero-Problematik fertig werden?

Folgende Situation ist entstanden:

Haushaltsero kann durch die Annahmestellen nicht mehr angenommen werden, selbst kostenlos nicht.

Grund ist, weil die Abgabe an die neugebildete Sero GmbH in Stralsund kostenpflichtig ist.

Auch der Transport verursacht Kosten.

Die Kalkulation der Kosten bei Abholung von Sero z. B. von Gaststätten und Geschäften und Erholungsträgern ("Gewerblicher Abfall") ergibt Entsorgungspreise, die von den Gewerbeträgern nicht mehr bezahlt werden. Das hat zur Folge, daß Sero in den Müll wandert oder in die Landschaft gekippt wird.

Tägliche Größenordnung für nur zwei Badeorte, Göhren und Thiessow, sind zwei LKW-Ladungen à zwei Tonnen. Das sind im Juli und August 160 Tonnen, die in der Landschaft landen.

Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft

14. Abgeordneter
Dr. Ernst Dörfler
Fraktion Bündnis 90/
Grüne

Herr Minister, was gedenken Sie als Wirtschaftsminister zu unternehmen, um die Wiederverwendung von Sekundärrohstoffen durch die Wirtschaft zu stimulieren und den eingetretenen Rückstau zügig aufzulösen?

Ist Ihnen bekannt, daß es ein Verfahren gibt, um Altpapier zu einem feuergeschützten Wärmedämmstoff (Isofloc) zu verarbeiten, der für Wärmeschutzmaßnahmen im Wohnungsbau, also zur Energieeinsparung in großem Umfang, eingesetzt werden kann?